

Über die rechtliche Stellung der ehemaligen Pj

In seiner Rede vor dem Berliner Parteiaktiv am 18. Mai dieses Jahres hatte Genosse Walter Ulbricht nach eingehender Analyse der Abstimmungsergebnisse jmm Volksgongreß auch die Wendung in der Politik unserer Partei gegenüber den ehemaligen Pj verlangt. Walter Ulbricht sagte damals wörtlich:

„Die Fragen: Wer war Nazi? und: Wer war kein Nazi? stehen gegenwärtig überhaupt nicht auf der Tagesordnung. Gegenwärtig ist der einzige Maßstab für uns; Wer Ist ein friedliebender Mensch? Wer will die Einheit Deutschlands? Nicht, welches Mitgliedsbuch er früher hatte, ob er der Hitlerpartei angehörte oder nicht. So einfach steht die Frage. Wer unter diesen Bedingungen die Frage nach der früheren Zugehörigkeit eines Kämpfers für die Einheit Deutschlands zur Hitlerpartei überhaupt zur Diskussion stellt, der arbeitet gegen die Nationale Front.“

Es unterliegt wohl kaum einem Zweifel, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die im Beschluß des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 4. Oktober 1949, „über die Nationale Front des demokratischen Deutschlands und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ geforderte Amnestie für die ehemaligen Mitglieder der NSDAP erlassen und ihnen das Recht geben wird, entsprechend ihren Fachkenntnissen in allen Betrieben, Behörden und Organisationen, mit Ausnahme von Polizei, Feuerwehr und überhaupt der Inneren Verwaltung wie auch der Justiz, zu arbeiten.

Vielen unserer Genossen ist die Bedeutung dieses wichtigsten Schrittes zur Entwicklung der Nationalen Front noch nicht klar. Sie fragen sich im stillen oder auch offen, wozu haben die Entnazifizierungskommissionen jahrelang gearbeitet? Sie sehen in der Verwirklichung des Beschlusses

oft sogar ein Zurückweichen von der Linie der gesellschaftlichen fortschrittlichen Entwicklung. Die Genossen, die so denken, sind sehr im Unrecht. Es ist ganz klar, daß die Arbeit der Entnazifizierungskommissionen durchaus nicht unnützlich war. Sie hat im Gegenteil eine große Bedeutung, weil ja gerade auch mit Hilfe der Entnazifizierungskommissionen in Durchführung der Potsdamer Beschlüsse die letzten Reste des hitlerischen Staatsapparates zerschlagen wurden, damit auf seinen Trümmern die demokratische Verwaltung entstehen konnte. Mit Recht mußte in den ersten 3 1/2 Jahren unseres Neuaufbaues, in dem das Fundament für unsere deutsche demokratische, friedliebende Republik gelegt wurde, jeder Mitarbeiter in Behörden und Organisationen daraufhin geprüft werden, woher er kam, ob er Mitglied einer Hitlerorganisation oder Träger der nazistischen Ideologie war.

Die Ergebnisse der Volksabstimmung am 15. und 16. Mai haben mit aller Deutlichkeit gezeigt — und die Entwicklung der folgenden Monate bis zum heutigen Tage hat es bestätigt —, daß ein Teil der durch die Entnazifizierungskommissionen gemaßregelten ehemaligen Pj Anhänger der Einheit Deutschlands und ehrliche Kämpfer für den Frieden sind, während andererseits gewisse Kreise derjenigen, die in den Jahren nach 1945 als Antifaschisten galten, weil sie aus verschiedenen Gründen, wie Logenzugehörigkeit und ähnliches, nicht formelle Mitglieder von Naziorganisationen werden konnten, heute mit vielen Vorbehalten für die Einheit Deutschlands eintreten und sich am liebsten unter das imperialistische Kolonialregiment von Bonn begeben würden.

Nach den Maßstäben der ehemaligen Entnazifizierungskommissionen waren mit Recht beispielsweise gewisse Fanatiker der „Zeugen Jehovas“ Antifaschisten, da ja viele von ihnen sogar OdF sind, heute weiß aber jeder, daß sie die ärgsten Feinde unseres demokratischen Neuaufbaues

AUS DEM BESCHLUSS
DES PARTEIVORSTANDES
DER SED
VOM 4. OKTOBER 1949

**Die Nationale Front
des demokratischen
Deutschland und
die Sozialistische
Einheitspartei
Deutschlands**

Der Anschluß an die Nationale Front des demokratischen Deutschland fordert von keiner Partei, Organisation oder Persönlichkeit die Preisgabe ihrer politischen Ansichten oder Weltanschauung, ihrer religiösen Überzeugung oder ökonomischen Prinzipien. Es kommt darauf an, sich in den Fragen zu vereinigen, die alle Deutschen einigen, das zu suchen, was alle deutschen Patrioten eint.

Weil die Nationale Front die Achse des politischen Lebens Deutschlands in der Gegenwart ist, sind wir zur offenen und ehrlichen Zusammenarbeit mit allen Patrioten Deutschlands bereit, ungeachtet ihrer Zugehörigkeit zu dieser oder jener politischen Richtung, ungeachtet dessen, ob dieser oder jener Deutsche sich als Anhänger des demokratischen Lagers betrachtet oder nicht. Die vordringlichste Aufgabe ist die Herstellung der Kampfgemeinschaft aller Arbeiter und Arbeiterinnen, der Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Kommunistischen Partei Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Gewerkschaften, die in der Durchführung der Aufgaben der Na-

tionalen Front des demokratischen Deutschland eine besondere Verantwortung tragen, überall dort, wo die Einheit der Arbeiterklasse noch nicht hergestellt ist, kann nur durch die Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiter die Nationale Front des demokratischen Deutschland die Stoßkraft erhalten, die für ihren erfolgreichen Kampf notwendig ist.

Wir sind zur Zusammenarbeit mit allen deutschen Patrioten bereit, darunter auch mit früheren Mitgliedern der Nazi-partei, ehemaligen Offizieren, kleineren und mittleren Unternehmern und dem Teil der Großbourgeoisie in Westdeutschland, dem die Interessen Deutschlands am Herzen liegt und der bereit ist, die Bestrebungen des deutschen Volkes zur Wiederherstellung seiner Einheit und Unabhängigkeit zu unterstützen. Indem die demokratischen und sozialistischen Kräfte allen übrigen patriotischen Kräften die Zusammenarbeit vorschlagen, fordern sie von niemandem die Preisgabe seiner Überzeugung. Auch wir sind in keiner Weise bereit, auf die demokratischen Errungenschaften in der sowjetisch besetzten Zone oder auf unsere